

# Aktionstage - Rückschau

## Orte – Gruppen – Aktivitäten

*Macht mit!*

Auf  
Recht  
bestehen

**Bundesweiter Aktionstag**

Wann: 30./31. Oktober

Wo: Dezentral

Wer: Alle Gruppen sind aufgerufen,  
den Aktionstag zu gestalten

Ein besseres Leben für alle statt wachsender Armut und Ausgrenzung!

100 Euro Corona-Zuschlag sofort! Für Regelsätze, die zum Leben reichen!

# Bündnis AufRecht bestehen

- Radiointerview Radio Dreyeckland mit Frank Jäger <https://rdl.de/beitrag/100-coronazuschlag-und-regels-tze-die-zum-leben-reichen>
- Weitere Infos unter <https://www.erwerbslos.de/aktivitaeten>

\* Das Bündnis AufRecht bestehen wird getragen von: Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO), „ARBEITSLOS - NICHT WEHRLOS“ Wolfsburg (ANW), „AufRecht bestehen“ Rhein-Main, Bundesarbeitsgemeinschaft Prekäre Lebenslagen (BÄG-PLESA), Bundes-Erwerbslosen-Ausschuss Gewerkschaft ver.di, Duisburger Initiative „AufRecht bestehen!“, Gewerkschaftliche Arbeitslosengruppe im DGB-KV Bonn/Rhein-Sieg, Gruppe Gnadenlos Gerecht Hannover, Frankfurter Arbeitslosenzentrum e.V. (FALZ), Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (KOS), Tacheles e.V. Wuppertal, Widerspruch e.V. Bielefeld und anderen örtlichen Bündnissen und Initiativen.

# Wolfsburg

**Gruppe:** IG Metall Wolfsburg AK „Arbeitslos nicht wehrlos“

## **Aktivitäten**

- Pressegespräch im Vorfeld der Aktionstage (26.10)
- Briefkastenaktion (Flugblätter in Briefkästen verteilen): 1.000 Flyer in Briefkästen verteilt

## **Rückmeldungen**

- Radiointerview <https://okerwelle.de/2020/10/27/w-lan-fuer-schueler-ig-metall-wolfsburg-fordert-freies-internet/>
- Artikel in WAZ (27.10.20), Wolfsburger Kurier (1.11.20), Hallo Wolfsburg (31.10.20) (s.u.)

# IG Metall fordert Mietspiegel für Wolfsburg und mehr Geld bei Hartz IV

Gewerkschaftsgruppe „Arbeitslos – Nicht Wehrlos“ weist auf Notsituation von Familien hin – Flugblätter statt Infostand

VON ANDREA MÜLLER-KUDELKA

**WOLFSBURG.** 2043 von den knapp 90 000 Mitgliedern der IG Metall in Wolfsburg sind arbeitslos. Speziell für diese macht sich der Arbeitskreis „Arbeitslos – Nicht Wehrlos“ stark – und will sich am kommenden Wochenende mit einer Flugblattaktion für höhere Hartz-IV-Regelsätze einsetzen. Zudem fordert die Gewerkschaft einen offiziellen Mietpreisspiegel und weiterhin eine Mietpreissbremse für die Volkswagenstadt. Die Zahlen der drei größten Wohnungsgesellschaften reichten nicht aus, um ein realistisches Bild der Situation zu zeichnen, kritisiert die Geschäftsführung der IG Metall.

Eigentlich war ein Infostand in der Innenstadt geplant, doch bei steigenden Infizierten-Zahlen zählt Corona-Schutz mehr als Kontaktpflege. Deshalb werden nur Flugblätter in Briefkästen geworfen – und die IG Metall lud zum Pressegespräch ein.

Arbeitskreis-Sprecher Dieter Pfeiffer unterstreicht mit aktuellen Zahlen die Bedeutung der Forderung für einen Regelsatz, von dem ein Mensch leben kann: 630 mehr Langzeit-Arbeitslose als im Vormonat gab es demnach im September 2020 in der Region. Und laut Statistiken der Bundesagentur für Arbeit lebten im Jahr 2019 in Wolfsburg 2912 sowie in Gifhorn 2913 Kinder und Jugendliche unter der Armutsgrenze.

Hintergrund für die aktuelle Forderung der Gewerk-



IG Metall: Dieter Pfeiffer vom Arbeitskreis „Arbeitslos – Nicht Wehrlos“ kritisiert die Berechnung des Regelsatzes für dauerhaft Erwerbslose und die Situation auf dem Wohnungsmarkt in Wolfsburg. FOTO: BIRIS BASCHEN

schaft ist, dass der Monatsbeitrag für Empfänger von Arbeitslosengeld II und III im Jahr 2021 neu festgelegt wird – und die Auszahlungssumme ist nach Meinung der Gewerkschafter deutlich zu niedrig. Gemeinsam mit Michael Melcher und Pressesprecher Jan Specker verdeutlicht Pfeiffer im Pressegespräch die Brisanz der Situation. Auch Christian Matzelda und Matthias Diesterheft von der Geschäftsführung der IG Metall Wolfsburg unterstützen ihn. Diesterheft spricht mit Blick auf Missstände, die sich speziell seit der Corona-Schutz-Maßnahmen deutlich zeigen, von einer „großen Katastrophe“. Kinder von Hartz-IV-Empfängern

selen komplett von der Bildung abgeschnitten worden, weil die Voraussetzungen für den Unterricht zu Hause fehlen – WLAN zum Beispiel. „Da

## Beratung für Erwerbslose

Für Erwerbslose bietet die IG Metall im Gewerkschaftshaus in Wolfsburg mittwochs von 15.30 bis 16.30 Uhr **Beratungsgespräche** an – während der Corona-Zeit allerdings nur nach vorheriger telefonischer Terminabsprache unter **Tel. 05361/20020**. Für den Bereich Isenahager Land in Kneesebeck und den Landkreis Gifhorn sind nach Absprache auch Treffen in

Gifhorn möglich. Zum Beraterteam gehören Dieter Pfeiffer, Inge Schwittkowski, Eike Zitzke, Michael Melcher, Bernd Jürgens und Herbert Grunert. Mögliche Themen: Sozialberatung zu Arbeitslosengeld I und II allgemein sowie Kindergeld, Wohngeld, Krankenversicherung, Rente und Erbschuldnerberatung für Erwerbslose.

ihren Internet-Anschluss für andere zur Verfügung.

Was aus Sicht der Regelsatz-Berechnung an Luxusgrenze, sei keiner, kritisieren die Gewerkschafter. Zudem würden bei der Berechnung der Regelsätze Haushalte mit einbezogen, wo das Geld schon nicht bis zum Ende des Monats reiche – Aufstocker. So habe der Paritätische im Gegensatz zur Bundesregierung einen Bedarf von 644 Euro statt nur 446 Euro im Monat ermittelt.

Parallel zur Forderung nach mehr Geld, die sich an die Politik in Bund und Land richtet, verlangen die Gewerkschafter auch eine deutliche Verbesserung auf dem Wolfsburger Wohnungsmarkt. Der Argumentation der Stadtverwaltung, die Wohnungsgesellschaften Neuland, VW Immobilien und Altertal würden dafür sorgen, dass die Mieten in Wolfsburg erschwinglich bleiben, können sie nicht ganz folgen. Pfeiffer verlangt einen offiziellen Mietspiegel, denn: „Die Wohnungen der Gesellschaften machen nur 60 Prozent des Marktes aus.“ Zudem hätten nur alte Mietverträge von belegten Wohnungen wirklich niedrige Quadratmeterpreise. Neue soziale Wohnungen müssten her, die für Menschen mit wenig Einkommen aber ohne Berechtigungsscheine erschwinglich sind. Man müsse die Gesellschaften dabei unterstützen, vielleicht sogar neue Genossenschaften gründen und auch die private Wirtschaft durch Nutzungsverträge in

die Pflicht nehmen. Dass Verwaltung und Politik aus Wolfsburg die Abschaffung der Mietpreissbremse vor Ort auch verhindern wollen, begrüßt der Arbeitskreis.

## So wird der Regelbedarf ermittelt

Der Regelbedarf einer Person wird alle fünf Jahre ermittelt. 2018 rührten mehr als 55.000 ausgewählte Haushalte in der Bundesrepublik drei Monate lang ein **Haushaltsbuch**. Das Statistische Bundesamt prüfte die Eintragungen auf Plausibilität, bevor sie in eine Datenbank übertragen wurden. Dann wurde der statistische Verbrauch hochgerechnet. Für den **Hartz-IV-Regelbedarf** (Existenzminimum) werden allerdings nicht alle Ausgaben vollständig berücksichtigt – gestrichen wird bei der Bereinigung der Ausgangsdaten aus den Vergleichshaushalten nicht nur der Verbrauch alkoholischer Getränke, sondern zum Beispiel auch der Kauf einer Brille, eines Weihnachtsbaums, Futter für Haustiere und Wildvögel oder Studien-Lehrgangs- und Prüfungsggebühren. Ergebnis der jüngsten Berechnungen: Einer alleinstehenden, erwachsenen Person stehen demnach ab dem kommenden Jahr **446 Euro im Monat für Konsum** zu (zuzüglich Mietkosten) – das entspricht täglich 5,16 Euro für Essen und Getränke sowie gerade einmal 57 Cent für Gesundheitspflege und 5 Cent für Bildung.

„Arbeitslos Nicht Wehrlos“ stellt Forderungen auf

## Mehr günstigen Wohnraum und eine Mietpreisbremse

**WOLFSBURG (of).** Wenn der Arbeitskreis „Arbeitslos nicht wehrlos“ der IG Metall zum Pressegespräch einlädt, geht es ans Eingemachte: Mit wenig Geld ein Leben finanzieren bei hohen Mieten und geringem Hartz IV Regelsatz?

Rund 90.000 Mitglieder zählt die IGM in Wolfsburg. Darunter 2.043 arbeitslos Gemeldete. Zum Vergleich: Ende September zählte die Arbeitsagentur im Bereich Wolfsburg, Gifhorn und Helmstedt 11.600 Erwerbs-suchende.

„Alle fünf Jahre muss die Grundlage für die Regelsätze neu berechnet werden“, so Michael Melcher, Sprecher des Arbeitskreises „Arbeitslos nicht wehrlos“. Die Kritik der IG-Metall in einem Satz zusammengefasst: Das Geld aus dem Regelsatz reicht nicht aus, um den Lebensunterhalt zu bestreiten. Auch Wolfsburg als „reiche“ Stadt bleibe nicht verschont.

„Es ist erschreckend, dass 2.867 Kinder unter 18 Jahren von Armut bedroht sind“, ergänzt Dieter Pfeiffer, Sprecher des Arbeitskreises. Pfeiffer berichtete, wie die Regelsätze berechnet werden. Zugrunde ge-

legt werden Haushaltsbücher, die von 55.000 Haushalten über drei Monate geführt wurden, diese gehen an das Statistische Bundesamt und werden in eine Datenbank eingepflegt. Daraus errechnet die Bundesregierung einen Regelsatz von 446 Euro. „Der Paritätische hat aber etwas Anderes errechnet – und kommt auf 644 Euro“, berichtet Pfeiffer. Ein großes Manko der Berechnungen: Menschen mit Hartz IV seien von der Bildung im Prinzip abgeschnitten.

Die IG Metall fordert daher einen höheren Regelsatz, um auch Menschen mit Sozialleistungen nicht vom gesellschaftlichen Leben abzuschneiden.

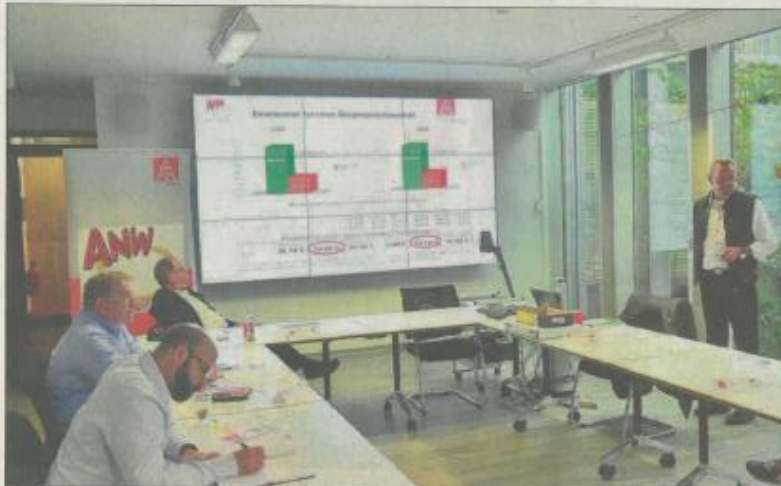
„Wir wollten eigentlich mit Infoständen in 25 Innenstädten am Wochenende zu unseren Forderungen informieren. Aufgrund der Corona-Lage haben wir uns für eine Flugblattaktion entschieden“, berichtet Mel-

cher.

Ein weiterer Punkt der Forderungen der Gewerkschaft ist die Mietpreisbremse.

„Wolfsburg braucht endlich einen Mietspiegel“, fordert daher Dieter Pfeiffer. Er hat einen Blick auf die Mieten in Wolfsburg geworfen. Sie lägen im Durchschnitt zwei Euro über dem Niveau Niedersachsens. Zwar gebe es die drei großen Wohnungsbaugesellschaften in Wolfsburg mit Mieten für zum Teil unter 7 Euro aber diese machten nur 60 Prozent des Wohnungsmarktes aus. Die Wohnungen seien zum Teil saniierungsbedürftig und es gebe noch zu wenig neuen sozialen Wohnungsbau. Eine Mietpreisbremse sei daher angezeigt. Dass das Wolfsburger Rathaus sich für eine temporäre Mietpreisbremse einsetze (wir berichteten) wurde vom Arbeitskreis begrüßt.

Die IGM bietet mittwochs nach Voranmeldung Beratungen für Erwerbslose zwischen 15.30 und 16.30 Uhr an. Kontakt: 05361/20020.



Dieter Pfeiffer, Michael Melcher, Matthias Disterheft und Christian Matzedda (v. r.) von der IGM.



IG Metall: Dieter Pfeiffer vom Arbeitskreis „Arbeitslos – Nicht Wehrlos“ kritisiert die Berechnung des Regelsatzes für dauerhaft Erwerbslose und die Situation auf dem Wohnungsmarkt. FOTO: BORIS BASCHIN

## IG Metall fordert Mietspiegel und mehr Geld bei Hartz IV

Gewerkschaftsgruppe „Arbeitslos – Nicht Wehrlos“ weist auf Notsituation von Familien hin – Flugblätter statt Infostand

VON ANDREA MÖLLER-KUDELKA

**Wolfsburg.** 2043 von den knapp 90 000 Mitgliedern der IG Metall in Wolfsburg sind arbeitslos. Speziell für diese macht sich der Arbeitskreis „Arbeitslos – Nicht Wehrlos“ stark – und will sich am kommenden Wochenende mit einer Flugblattaktion für höhere Hartz-IV-Regelsätze einsetzen. Zudem fordert die Gewerkschaft einen offiziellen Mietspiegel und weiterhin eine Mietpreisbremse für die Volkswagenstadt. Die Zahlen der drei größten Wohnungsgesellschaften reichten nicht aus, um ein realistisches Bild der Situation zu zeichnen, kritisiert die Geschäftsführung der IG Metall.

Eigentlich war ein Infostand in der Innenstadt geplant, doch bei steigenden Infizierten-Zahlen zählt Corona-Schutz mehr als Kontaktpflege. Deshalb werden nur Flugblätter in Briefkästen geworfen – und die IG Metall lud zum Pressegespräch ein.

Arbeitskreis-Sprecher Dieter Pfeiffer unterstreicht mit aktuellen Zahlen die Bedeutung der Forderung für einen Regelsatz, von dem ein Mensch leben kann: 630 mehr Langzeit-Arbeitslose als im Vormonat gab es demnach im September 2020 in der Region. Und laut Statistiken der Bundesagentur für Arbeit lebten im Jahr 2019 in Wolfsburg 2912 sowie in Gifhorn 2913 Kinder und Jugendliche unter der Ar-

mutsgrenze.

Hintergrund für die aktuelle Forderung der Gewerkschaft ist, dass der Monatsbetrag für Empfänger von Arbeitslosengeld II und III im Jahr 2021 neu festgelegt wird – und die Auszahlungssumme ist nach Meinung der Gewerkschafter deutlich zu niedrig. Gemeinsam mit Michael Melcher und Pressesprecher Jan Spekker verdeutlicht Pfeiffer im Pressegespräch die Brisanz der Situation. Auch Christian Matzelda und Matthias Diesterheft von der Geschäftsführung der IG Metall Wolfsburg unterstützen ihn. Diesterheft spricht mit Blick auf Missstände, die sich speziell seit der Corona-Schutz-Maßnahmen deutlich zeigen, von einer „großen Katastrophe“. Kinder von Hartz-IV-Empfängern seien komplett von der Bildung abgeschnitten worden, weil die Voraussetzungen für den Unterricht zu Hause fehlen – WLAN zum Beispiel. „Da gibt es hier ja auch kein Notprogramm wie zum Beispiel die Initiative FreiFunk in Hannover“, bemängelt er. Ober FreiFunk stellen Privatleute ihren Internet-Anschluss für andere zur Verfügung.

Was aus Sicht der Regelsatz-Berechnung an Luxusgrenze, sei keiner, kritisieren die Gewerkschafter. Zudem würden bei der Berechnung der Regelsätze Haushalte mit einbezogen, wo das Geld schon nicht bis zum

Ende des Monats reiche – Aufstocker. So habe der Paritätische im Gegensatz zur Bundesregierung einen Bedarf von 644 Euro statt nur 446 Euro im Monat ermittelt.

Parallel zur Forderung nach mehr Geld, die sich an die Politik in Bund und Land richtet, verlangen die Gewerkschafter auch eine deutliche Verbesserung auf dem Wolfsburger Wohnungsmarkt. Der Argumentation der Stadtverwaltung, die Wohnungsgesellschaften Neuland, VW Immobilien und Allertal würden dafür sorgen, dass die Mieten in Wolfsburg erschwinglich bleiben, können sie nicht ganz folgen. Pfeiffer verlangt einen offiziellen Mietspiegel, denn: „Die Wohnungen der Gesellschaften machen nur 60 Prozent des Marktes aus.“ Zudem hätten nur alte Mietverträge von belegten Wohnungen wirklich niedrige Quadratmeterpreise. Neue soziale Wohnungen müssten her, die für Menschen mit wenig Einkommen aber ohne Berechtigungsschein erschwinglich sind. Man müsse die Gesellschaften dabei unterstützen, vielleicht sogar neue Genossenschaften gründen und auch die private Wirtschaft durch Nutzungsverträge in die Pflicht nehmen. Dass Verwaltung und Politik aus Wolfsburg die Abschaffung der Mietpreisbremse vor Ort auch verhindern wollen, begrüßt der Arbeitskreis.

# Bonn

**Gruppe:** Gewerkschaftliche Arbeitslosengruppe im DGB Kreis Bonn/ Rhein-Sieg

## **Aktivitäten**

- Stand in der Bonner Innenstadt (Münsterplatz)
- „Aktion letztes Hemd“ (mit Wäscheleine)

## **Rückmeldungen**

- Fotos von der beteiligten Gruppe (s.u.)
- Im Netz:
  - <https://www.facebook.com/groups/1629420257285330>
  - <https://www.facebook.com/rainer.bohnet>
  - <https://koeln-bonn.dgb.de/presse/++co++f046dbde-19bc-11eb-b1d9-001a4a160127>



Für  
Regel-  
sätze,  
die zum  
Leben  
reichen

100 €  
Cot  
Zusc

MEIN  
LETZTES  
HEMD

Corona  
Zuschla  
sofort





100 €  
CORONA-  
Zuschlag  
sofort!

Für  
Regel-  
sätze,  
zum

MEIN  
LETZTES  
HEIM

100 Euro  
Corona-  
Zuschlag  
sofort!

Regelsätze  
die zum  
Leben reichen

das macht  
**SINN**  
BOXX

**SINN**



Jetzt  
sind  
wir  
dran

Regelsatz  
erhöhen  
mindestens  
600 Euro  
Sofort



# Nürnberg

**Gruppe:** Bezirkserwerbslosenausschuss ver.di Mittelfranken

## Aktivitäten

- Großtransparent am Nürnberger Gewerkschaftshaus:  
<https://mittelfranken.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++c31c89d0-19dd-11eb-b9d1-001a4a160119>

## Rückmeldungen

- Fotos von ver.di (s.u.)
- Medienberichte:
  - Nürnberger Nachrichten / Nürnberger Zeitung (dort wortgleich) v. 4.11: s.u.
  - <https://www.br.de/nachrichten/bayern/mittelfraenkische-verdi-erwerbslose-fordern-hoeheren-hartz-iv-satz,SEzrT4T>
  - <https://www.nordbayern.de/region/nuernberg/gewerkschaft-fordert-100-euro-corona-zulage-fur-hartz-iv-empfangen-1.10571652>
  - <http://radio-z.net/de/programmkalender/gesellschaft-beitraege/politik-beitraege/topic/358805-aktionstag-fuer-hoehere-hartz-iv-regelsaetze.html>

# 100 Euro Corona-Zulage für Erwerbslose gefordert

Die Gewerkschaft ver.di will in Nürnberg zudem eine Anhebung des **HARTZ-IV-REGELSATZES** auf 600 Euro.

Die Gewerkschaft ver.di fordert bei einem bundesweiten Aktionstag mindestens 600 Euro als Regelsatz für Hartz-IV-Empfänger. Der derzeit aktuelle Satz für eine alleinstehende Person liegt bei nur 432 Euro. Momentan berät der Bundestag gerade über eine Neuberechnung.

Auf mehreren Plakaten, die vom Gewerkschaftshaus am Kornmarkt herunterhängen, machen ver.di-Erwerbslose in Mittelfranken auf ihre Anliegen aufmerksam, für die sie schon seit Jahren kämpfen. Doch es gibt auch aktuelle Forderungen wie eine Corona-Zulage von 100 Euro. Schließlich gebe es einen erhöhten Bedarf an Hygieneartikeln und Masken, auch manche Hilfsangebote würden in dieser Zeit wegfallen, argumentiert die Gewerkschaft.

Jenseits der Corona-Pauschale setzt sie sich auch für eine andere Erhebung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) ein. Bis 2011 waren dabei 20 Prozent der ärmsten Haushalte berücksichtigt worden. Seither sind es nur mehr 15 Prozent, wogegen viele Fachverbände energisch protestieren.

„Außerdem erfolgen sehr willkürliche Streichungen innerhalb des Verbrauchs“, merkt Gewerkschaftssekretär Ulli Schneeweiß an, „wenn ich eine Referenzgruppe zur Bedarfsermittlung heranziehe, dann bitte komplett. Es ist unverständlich, wenn Posten wie Gaststättenbesuche, Zimmerpflanzen, der Weihnachtsbaum, Geburtstagsgeschenke, Hygieneartikel, Haustiere oder Tabak gestrichen werden.“

## „Armut per Gesetz“


Er verweist auf Untersuchungen des Spitzenverbands „Der Paritätische“, der herausgefunden hat, dass auf diese Art und Weise monatlich 151,70 Euro als „nicht regelsatzrelevant“ aus dem ohnehin niedrigen Anteil an der EVS herausgerechnet würden.

„Hartz IV bleibt Armut per Gesetz“, kritisiert Tom de Buhr, Vorsitzender des ver.di-Erwerbslosenausschusses. Mit der Einführung vor 15 Jahren sei eine „Sonderrechtszone“ für Leistungsempfänger(innen) geschaffen worden, die nichts mit einer verünftigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu tun habe. hw



„Auf Recht bestehen“, steht auf dem großen Transparent, das Mitglieder der ver.di-Erwerbslosengruppe am Gewerkschaftshaus am Kornmarkt aufhängen.

„WIEVIEL GELD BENÖTIGT EIN\*E ERWACHSENE\* R FÜR GESUNDE UND AUSGEWOGENE ERNÄHRUNG?“  
QUELLE: FORSA / STATISTA DE 14.03.2020 DE 1. PRÄZISION



**300 EURO+**  
DAS GLAUBEN 47 PROZENT DER BEFRAGTEN

**150,60 EURO**  
DAS ERHALTEN HARTZ IV-BEZIEHER\*INNEN

DER PARITÄTISCHE

*Auf Recht bestehen*

#100EuroMehrSofort

ver.di  
Erwerbslose

DAS BLEIBT DER BEFRAGTEN BEZIEHER\*INNEN  
DER PARITÄTISCHE #100EuroMehrSofort  
AufRecht bestehen ver.di Erwerbslose

HARTZ IV-UMFRAGE  
Statt Armut per Gesetz:  
160 € mehr Regelsatz  
statt Fortführung von  
Rechentricks  
AufRecht bestehen ver.di Erwerbslose

HARTZ IV-UMFRAGE  
Statt Armut per Gesetz:  
100 € Corona-  
Zuschlag bei  
Hartz IV sofort  
AufRecht bestehen ver.di Erwerbslose

HARTZ IV-UMFRAGE  
728 EURO!  
Statt Armut per Gesetz:  
Wir fördern eine  
realistische  
Berechnung des Hartz-  
IV-Regelsatzes!  
AufRecht bestehen ver.di Erwerbslose





verdi **K.I.B.S.**

**HARTZ IV-UMFRAGE** „WIEVIEL GELD BENÖTIGT EIN\*E ERWACHSENE\* R FÜR KÖRPERPFLEGE BZW. DROGENARTIKEL?“

**50 EURO+** DAS GLAUBEN 50 PROZENT DER BEFRAGTEN

**15,12 EURO** DAS ERHALTEN HARTZ IV-BEZIEHER\*INNEN

**#100 Euro Mehr Sofort**

Statt Armut per Gesetz:  
**100 € Corona-Zuschlag bei Hartz IV sofort**

AufRecht bestehen

verdi Erwerbslose

**HARTZ IV-UMFRAGE** „WIEVIEL GELD BENÖTIGT EIN\*E ERWACHSENE\* R FÜR GESUNDE UND AUSGEWOGENE ERNÄHRUNG?“

**100 EURO+** PROZENT

**150,60 EURO** DAS ERHALTEN HARTZ IV-BEZIEHER\*INNEN

**#100 Euro Mehr Sofort**

Statt Armut per Gesetz:  
**160 € mehr Regelsatz statt Fortführung von Rechentricks**

AufRecht bestehen

verdi Erwerbslose

**HARTZ IV-UMFRAGE** „WIE VIEL GELD BENÖTIGT EIN\*E ALLEINLEBENDE ERWACHSENE\* R FÜR WENIGST 2000 KALORIEN TÄGLICH UND EIN LEBENSNOTWENDIGES HAARPFLEGESETZ?“

**432 EURO** DAS ERHALTEN HARTZ IV-BEZIEHER\*INNEN

**#432 Euro Mehr Sofort**

Statt Armut per Gesetz:  
**Wir fordern eine realistische Berechnung des Hartz-IV-Regelsatzes!**

AufRecht bestehen

verdi Erwerbslose



# Heidelberg

## **Gruppen**

- Erwerbslosenausschuss Verdi Rhein Neckar
- der Verein Üsoligenial
- Montagsdemo Heidelberg

## **Aktivitäten**

- Kundgebung auf dem Uniplatz in Heidelberg (zusammen mit protestierenden Student\*innen)

## **Rückmeldungen**

- Erwähnung in einem Artikel im „Mannheimer Morgen“ vom 31.10, Ankündigung in der „Rhein Neckarzeitung“ (s.u.)
- Fotos von den Gruppen (s.u.)

entpolitisiert  
33 833 studentische Mitglieder ha-  
ben die Gewerkschaften im Land,  
bundesweit sind es 96 380.

Aus Solidarität erlaubte man dem  
Erwerbslosenausschuss Rhein-Ne-  
ckar, bei der Kundgebung einen Bei-  
trag zu leisten. Ursprünglich hatte  
die Initiative zum bundesweiten Ak-  
tionstag „AufRecht bestehen“ einen  
„Gänsemarsch“ durch die Haupt-  
straße vorgesehen, diesen aber nicht  
genehmigt bekommen, wie Matz  
Müllerschön bedauerte. Er und sei-  
ne Mitstreiter fordern zum Regelsatz  
an Sozialleistungen einen „100 Euro  
Corona-Zuschlag“ und eine  
„30 Stundenwoche bei vollem Lohn-  
ausgleich“.

eue

PROTHE

hr, Do

Kino,

den Er-  
stenlos,  
s unter

Kirche  
n, täg-  
er Tel.

### Montagsdemo

Öffentliches Plakate malen gegen Ar-  
muts- und Erniedrigungsgesetz, gegen  
wachsende Armut und Ausgrenzung,  
Vorbereitung für Aktion am kommenden  
Freitag „Bundesweiter Aktionstag Auf-  
Recht bestehen!“, Bismarckplatz, 18 Uhr  
(Verdi Erwerbslosenausschuss Rhein-  
Neckar und Verein ÜsoligenialRhein-  
Neckar).

### Zahnärztliche

Sofienstraße  
Telefon 06221

### Notfalldienst

Klinik Sanl  
Straße 5-7, 7

### Frauenhaus

Unterkunft

### Krankentra

Telefon 1 9

### Gewaltamt

Rund um d

### Gesundhe

Corona In

So 10-14

### Notdiens

Rund u

trums,

wird dabei von der Rolle Heidelbergs im  
Streit der Konfessionen. Der Rundgang  
November, um 15 Uhr.

200/125





KAPUTT-  
alismus  
Ade

Euro SOFORT

# Herne

## **Gruppen**

- Zeppelin-Zentrum (Arbeitslosenberatungs- und Begegnungsstätte des Kirchenkreises Herne)
- Arbeitslosenzentrum der katholischen Kirche

## **Aktivitäten**

- Infostand mit „Hartz-Wald-Häuschen“

## **Rückmeldungen**

- Artikel in „Unsere Kirche“, Nr. 48 vom 22.11.2020, S. 19 (s.u.)

## Forderung nach Corona-Zuschlag

**AKTIONSTAG** Zeppelin-Zentrum und Arbeitslosenzentrum fordern Regelsätze, die zum Leben reichen

HERNE – Im Rahmen eines bundesweiten Aktionstags am 30. Oktober haben auch das Zeppelin-Zentrum und das Arbeitslosenzentrum der katholischen Kirche für auskömmliche Regelsätze, die ein menschenwürdiges Leben garantieren, demonstriert. „Leider hört man in diesen Tagen zumeist nur, dass die Regelsätze im Januar erhöht werden und nicht, dass es sich dabei um eine unzureichende Anpassung handelt“, sagte Dagmar Spangenberg-Mades, Leiterin des Zeppelin-Zentrums, dem Arbeitslosenberatungs- und Begegnungsstätte des Kirchenkreises Herne.

„Die Sozialleistungen bei Hartz IV in der Sozialhilfe und in der Grundsicherung im Alter setzen sich aus sogenannten Regelleistungen und angemessenen Kosten für die Unterkunft zusammen“, erläuterte sie. „Diese Leistungen lagen 2018 für Singles 256 Euro unterhalb der Armutsschwelle, was vor allem daran liegt, wie die Regelsätze ermittelt werden.“ Dabei orientieren

sich man sich an den ärmsten 15 Prozent der Bevölkerung, die rund 600 Euro für den täglichen Bedarf und die soziokulturelle Teilhabe zur Verfügung haben. „Von diesen 600 Euro streicht die Regierung 160 Euro als nicht relevant“, führte Spangenberg-Mades aus. „Für nicht relevant hält man z.B. die Ausgaben für Zimmerpflanzen, für einen Weihnachtsbaum, für Malstifte oder ein Eis.“ So zusammen gekürzt beträgt der Regelsatz für einen Alleinstehenden ab Januar 446 Euro, für Partner jeweils 401 Euro und für Kinder je nach Altersstufe zwischen 283 und 373 Euro. Das Kindergeld wird hierbei als Einkommen angerechnet, d.h. es reduziert die Leistung.

„Deshalb werden die Regelsätze auch weiterhin unter der Armutsschwelle liegen“, ergänzte Franz-Josef Strzalka vom Arbeitslosenzentrum Herne e.V. „Dies betrifft bundesweit 7 bis 8 Millionen Menschen jeden Alters und in verschiedenen Lebenssitua-



Der Stand der beiden Herner Arbeitsloseneinrichtungen mit dem Hartz-Wald-Häuschen. Im Bild von links nach rechts Detlev Schaub, Christian Glasner, Detlef Oppelt (beide Zeppelin), Dagmar Spangenberg-Mades, Franz-Josef Strzalka und Klaudia Scholz.

tionen – Familien mit Kindern genau sowie Rentner, Erwerbslose und Menschen, deren Erwerbseinkommen nicht ausreicht und durch Hartz IV aufgestockt werden muss.“ Indirekt seien noch viel mehr betroffen: „Denn was viele nicht wissen ist, dass sich auch die Höhe des steuerfrei zu lassenden Existenzminimums für Erwerbstätige und Rentner nach der Höhe des Regelsatzes bemisst, d.h. je höher der Regelsatz, umso höher der Steuerfreibetrag.“

Dagmar Spangenberg-Mades wies darauf hin, dass auch ein Corona-Zuschlag für krisenbedingte Mehrausgaben abgelehnt wurde. Dabei werde negiert, dass die

Lebensmittelpreise krisenbedingt angestiegen sind und Mehrausgaben für Hygieneartikel, Desinfektionsmittel und Masken hinzukamen. Außerdem schlossen vieler Orten Tafeln, Mittagstische und Kleiderkammern und das kostenlose Schul- und Kitaessen fiel wegen des Lockdowns für die Kinder weg. „Ein solcher Zuschlag könnte auch wirtschaftliche Notlagen abfedern, die entstehen, weil in den Jobcentern keine persönliche Vorsprachen möglich sind, was nicht selten dazu führt, dass es zu Verzögerungen bei der Zahlung und zu Leistungskürzungen kommt, die von den Betroffenen nicht zu vertreten sind“, so Span-

berg-Mades.

Darum stellten die Leiter beider Einrichtungen fest: Armut und Ausgrenzung zu begegnen, ist auch eine Frage von Gerechtigkeit und der Verteilung. „Dem armen Teil der Bevölkerung stehen beispielsweise die 100 Reichsten dieses Landes gegenüber, die über mehr als 500 Milliarden Euro Vermögen verfügen“, beklagten beide untisono. Deshalb lautet ihre Forderung, die Regelsätze auf mindestens 600 Euro zu erhöhen. Auf Grund der Corona-Pandemie fordern sie einen Corona-Zuschlag und die sofortige Ausstattung ärmerer Haushalte mit digitalen Endgeräten, damit sie mit Schule oder Sozi-

alleistungsträgern kommunizieren können.

Bei der Aktion auf dem Robert-Platz machten Spangenberg-Mades und Strzalka zum wiederholten Mal auf diesen Missstand aufmerksam und präsentierten auch wieder das Hartz-Wald-Häuschen, um zu demonstrieren, wie wenig Geld die Regelleistungen monatlich vorsehen, z.B. 7,54 Euro für Schuhe für Jugendliche oder 1,56 Euro als Ansparbetrag für eine Waschmaschine. Außerdem sammelten sie Unterschriften für eine entsprechende Petition an den Deutschen Bundesrat. Trotz des stürmischen Wetters fand die Aktion sehr gute Resonanz. DSM



Das Hartz-Wald-Häuschen verdeutlicht anschaulich, wie wenig Geld die Regelleistungen für bestimmte Ausgaben vorsehen. FOTOS: ZEPPELIN-ZENTRUM